Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

…konto: Dresden, … & Comp., Nr. 1268. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

…preis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post … vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25231. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 129 — Dresden, Montag den 6. Juni 1921 — 32. Jahrg.

Der politische Sündenfall

…er Hirsch-Dunckersche Arbeiterführer Erkelenz schrieb …niger Zeit in der Hilfe: Trotz aller Fehler, die seit dem …menbruch vom deutschen Proletariat begangen worden …habe es in der Weltgeschichte noch kaum eine Klasse ge…, die in so kurzer Zeit so viel gelernt habe wie die …e Arbeiterklasse. An diesem Wort ist viel Wahrheit, …man bedenkt, wie schwer sich namentlich in aufgeregten …den die Gedanken der Vernunft durchsetzen. Selbst auf …Partei, die so lange lernunfähig erschien wie die …P. D., trifft Erkelenz Wort zu. Noch vor Jahresfrist …men die Unabhängigen im Reichstag fast regelmäßig …der Deutschnationalen gegen die sozialdemokratisch-…ikanische Regierung. Heute haben die Kommunisten …stellung der Unabhängigen bezogen. Die Unab…gen aber fühlen wohl, daß mit der bisherigen Politik …sigen Kritik eine Partei nicht lange leben kann und …olk auf die Dauer sterben muß. Sie haben erkannt, daß …der Politik sehr oft darauf ankommt, zwischen dem …eren und dem größeren Uebel zu wählen — und so ent…den sie sich denn am Sonnabend bei der Abstimmung im …sinne für die Regierung Wirth — gegen die Gefahr …reaktionären Regierung. Der deutschnationale Miß…ensantrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten …der Deutschnationalen abgelehnt, während eine Ent…zung zugunsten der Regierung mit 213 gegen 125 …men, darunter 48 Enthaltungen, angenommen wurde. …Unabhängigen stimmten zusammen mit Sozialdemo…, Zentrum und Demokraten den Antrag, der den Sturz …Regierung bezweckte, geschlossen nieder und nahmen den … und entscheidenden Teil des Vertrauensantrages an.

Das war eigentlich nach Lage der Sache selbstverständ… und wenn das Selbstverständliche im politischen Leben, …ntlich von seiten der Unabhängigen, immer geschähe, …e über den Vorgang nicht zu reden. Aber bisher waren …die Bedürfnisse der Agitation, die im Verhalten der Unab…gigen siegten, während in dieser Abstimmung endlich so …s wie erwachendes Verantwortungsbewußtsein sichtbar …. Crispiens Anhänger werden jetzt erleben, daß die …mmunisten dieselbe Klaviatur der Beschimpfungen gegen … U. S. P. genau so herunterpauken werden, wie das ehe…n die U. S. P. an unserer Partei verübte. Zwischen Geyer … ja am Sonnabend als kommunistischer Redner die …ung der Unabhängigen bereits einen politischen …ündenfall, die Rote Fahne gar klammert sich an den …geworfenen Knochen in einem Artikel von zwei Spalten … wirft den Crispienen und Hilferdingen Verrat, …ichung der Arbeiter, Bündnispolitik mit den Kapita…n usw. vor und schreibt:

Die unabhängige Sozialdemokratie in Regierungspartei. Der rechte Flügel der Unabhängigen, …ferding und die Gewerkschaftsbureaukratie, haben einen …llen Sieg errungen. Der Revolutionsapostel Crispien er…tierte in einer langatmigen Programmrede die Regierungs…… der U. S. P. D. und begründete die Haltung seiner Frak…, die für die Erklärung der Regierungsparteien stimmte. …er Vorsitzende der U. S. P. D. erklärte, daß seine Partei …em Kabinett Wirth freien Spielraum lassen …olle und es erst „sachlich nach den Taten be…rteilen würde".

Diese Partei der Feigheit, des Schwankens, der Unent…schlossenheit und des Zauderns, die ihre Furcht vor der gewalt…samen Auseinandersetzung mit den Machtmitteln des bürger…lichen Staates hinter pseudomarxistischer „Wissenschaftlichkeit" …verbirgt, ist jetzt offen in das Lager der Bourgeoisie marschiert. …Sie ist von der versteckten zur offenen Verräterin des Prole…tariats geworden.

Die Logik der Dinge ist auch in der Politik unerbitt…. Wollen die Unabhängigen der linksradikalen Konkurrenz …genüber ihre Haltung rechtfertigen, so werden sie darlegen …üssen, warum ihnen die Regierung Wirth …ur Zeit als das kleinere Uebel erscheint! …ie werden darlegen müssen, warum die Mischung Wirth-…auer für die Arbeiterklasse immer noch vorteilhafter ist, als …wo die deutschnational-volksparteiliche Mischung Strese…mann-Hergt es wäre; sie werden künftighin die sozialistisch-…mokratische Regierung stützen müssen, solange die Gefahr …ner reaktionären Regierung besteht. Und sie werden, …um sie sie stützen, ein gut Teil der Verantwortung mit über…nehmen. Als wir nach den letzten Reichstagswahlen die …volksparteilich gegängelte Regierung Fehrenbach nicht stürz…en, sondern duldeten, um der ehedem so großmäuligen und …phrasenreichen Volkspartei beweisen zu lassen, was sie kann, …oder vielmehr, was sie nicht kann, da schrien die unab…hängigen Blätter, daß die Sozialdemokratie damit auch die …Verantwortung trage für alles, was die Regierung tue.

Wenn das wahr ist, dann haben die Unabhängigen laut …ener Behauptung mit dieser Abstimmung im Reichstag die …Verantwortung für das Kabinett Wirth mit übernommen. …uns aber erscheint das Verhalten der Unabhängigen ver…nünftig und notwendig. Wer auch nur aus der Geschichte der …sten Zeit gelernt hat, der weiß, daß die völlige Zer…trümmerung Deutschlands bevorsteht, wenn das Ultimatum nicht erfüllt wird, daß eine Regierung, die halb vom Geiste des Nihilismus, halb vom Geiste der Revanche erfüllt wäre, Deutschlands Unheil würde. Die Unabhängigen konnten also gar nicht anders: die Einsicht war hier aus dringendster Not geboren. Immerhin sehen wir nur ein erstes Anzeichen der Vernunft bei den Unabhängigen, denn wenn sie schon die Verantwortung auf dem Wege der Vertrauensresolution und der Unterstützung des Kabinetts Wirth mit übernehmen, warum setzten sie sich dann nicht einfach mit hinein? Warum erleichterten sie sich die Verantwortung nicht dadurch, daß sie in dem Kabinett nach Möglichkeit die eigene Politik durchzusetzen suchten?!

Wenn das Kabinett derart nach links hin erweitert worden wäre, wenn statt drei Sozialdemokraten etwa sechs drin gesessen hätten, so wäre wahrscheinlich die Regierungserklärung so ausgefallen, daß sie von der S. P. D. und U. S. P. D. vorbehaltlos angenommen werden konnte. So…tern also die Unabhängigen im Verlaufe dieses politischen Zwischenspieles einen politischen Sündenfall auf dem Gewissen haben, so ist es wahrlich nicht das Eintreten für das Kabinett des Wiederaufbaus und der Völkerversöhnung, sondern der Nichteintritt ins Kabinett.

Wie lange die Unabhängigen sich diese Halbheiten und Inkonsequenzen werden gestatten können, das hängt nicht allein von den Abgeordneten, nicht allein von den Mitgliedern, sondern auch ein wenig von den Wählern ab. Und die werden wenig Lust haben, sozialistische Erfolge ins Parlament der Demokratie zu entsenden, die dort mit der vollen Entfaltung ihrer Kraft und Mitarbeit warten wollen, bis einmal eine rein sozialistische Mehrheit da ist!

Kommunistenführer Brandler vor Gericht

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Juni. Vor dem Sondergericht beim Landgericht I begann heute unter Vorsitz des Landgerichtsrats Braun der Prozeß gegen den Vorsitzenden der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Brandler, wegen Hochverrats. In der Anklage wird ihm Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze zur Last gelegt, ferner Aufreizung zum Klassenhaß. Brandler wird von der Anklage als verantwortlich für die Märzunruhen in Mitteldeutschland und Hamburg bezeichnet. Auf Grund seiner Aufrufe in der Roten Fahne und in den Flugblättern. Auf die Frage des Vorsitzenden, wer die Aufrufe verfaßt habe, verweigert der Angeklagte die Antwort und erklärt nur, daß die Zentrale der Partei damals zur politischen Lage Stellung genommen und dann einen Genossen beauftragt habe, die Aufrufe abzufassen. In längerer politischer Rede schildert er dann die außen- und innerpolitische Lage dieses Frühjahres, wie er als Kommunist sie betrachtet.

Der deutschen Regierung mache er den Vorwurf machen, daß sie nach der oberschlesischen Abstimmung Truppen und Waffen in Oberschlesien angesammelt habe, um das Abstimmungsergebnis eventuell zu korrigieren. Er selbst habe das Material hierüber von einer hohen Stelle des Reichswehrministeriums erhalten. Fast gleichzeitig mit diesen Vorgängen habe dann der bayerische Ministerpräsident v. Kahr erklärt, daß Bayern sich in der Entwaffnungsfrage nicht unterwerfen werde. Dann habe die Aktion der Schutzpolizei in Mitteldeutschland begonnen. Aus allen diesen Vorgängen sei es für die Kommunisten klar gewesen, daß die deutsche Konterrevolution zur militärischen Aktion in Oberschlesien und zur Abwehr der Sanktionen schreiten und hierauf die Hochburg des Kommunismus in Mitteldeutschland zerstören wollte. In Abwehr dieser Gefahr habe die V. K. P. D. zum Generalstreik aufgerufen.

Auf Veranlassung des Staatsanwaltes läßt sich Brandler auch darüber aus, was die Zentrale unter der Verwirklichung ihrer Aufrufe gedacht hatte. Der Angeklagte erklärt, der Generalstreik hätte einen solchen Druck ausgeübt, daß die Forderungen der Kommunisten auf Bewaffnung der Arbeiterschaft hätte durchgeführt werden müssen. Durch den Generalstreik wäre nur erreicht worden, daß die Regierung nach dem Kapp-Putsch selbst versprochen hätte.

Der Angeklagte berief sich auf mehrere Zeugen, die bekunden sollen, daß er in der politischen Entwicklung stets die Anwendung von Gewalt abgelehnt habe.

Der Wirtschaftsminister Fellisch aus Dresden bestätigt dann auch, daß Brandler, soweit er ihn kennt, keinen Anlaß genommen habe zur Gewalt aufzufordern.

Der nächste Zeuge, Gewerkschaftsbeamter Friedel aus Chemnitz, bestätigt diese Angabe und hebt hervor, daß Brandler nach den Taten des Hölz in Vogtland für den Ausschluß des letzteren aus der Partei gesorgt habe.

Fabrikbesitzer Siemens aus Chemnitz stellt dem Angeklagten das Zeugnis eines ruhigen besonnenen Mannes aus und berichtet über verschiedene Vorfälle, bei denen Brandler während des Kapp-Putsches die Chemnitzer Arbeiter von Gewalttätigkeiten abgehalten habe.

Der Verteidiger unterstützt diese Aussagen durch das Verlesen eines Protokolls über eine Sitzung der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung, in der deutschnationale Stadtverordnete die Tätigkeit des Aktionsausschusses hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung anerkannt hatten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er in der Zentrale der V. K. P. D. gegen die blutrünstigen Aufrufe etwas unternommen habe, verweigert der Angeklagte die Auskunft über politische Differenzen in der Zentrale seiner Partei. Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen und es tritt eine dreiviertelstündige Mittagspause ein.

Ein zentrales Schiedsgericht für die Reparationen

Eigene Drahtmeldung

Paris, 6. Juni. Die Reparationskommission hat den Alliierten einen Vorschlag unterbreitet, in dem sie verlangt, daß für den Fall einer Schwierigkeit in der Auslegung der Klauseln des Friedensvertrages, soweit sie die Reparationen betreffen, diese einem neutralen Schiedsgericht unterbreitet werden, falls die Reparationskommission zu keiner Einigung kommen sollte. Sie schlägt vor, das Schiedsrichteramt dem ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Ador anzuvertrauen.

Kandrzin vom deutschen Selbstschutz besetzt

Eigene Drahtmeldung

Breslau, 6. Juni. Der deutsche Selbstschutz unternahm am Sonnabend, um den Anschluß an die bei Groß-Strehlitz aufmarschierenden Engländer aufrechtzuerhalten, einen Vorstoß. Es gelang ihm, den wichtigsten Eisenbahnknotenpunkt Oberschlesiens, Kandrzin, zu besetzen.

Die neue Getreidewirtschaft

Bekanntlich soll die bisherige Getreidezwangswirtschaft im nächsten Erntejahre aufgehoben werden. Von agrarischer Seite, so besonders vom Landbund, ist verlangt worden, daß auch beim Getreide die völlig freie Wirtschaft hergestellt wird. Das Reichsernährungsministerium, so agrarierfreundlich es ist, hat es jedoch nicht gewagt, diesem Verlangen nachzukommen. Man will sich für dieses Jahr damit begnügen, an die Stelle der bisherigen Zwangswirtschaft ein Umlageverfahren treten zu lassen. Die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft in der bisherigen Form wäre allerdings kaum rationell gewesen, denn das bisherige System hat dank der agrarischen Sabotage und infolge des Versagens der Behörden geradezu klägliche Resultate gebracht. Von einer Gesamternte, die in diesem Erntejahre auf 11½ bis 11¾ Millionen Tonnen geschätzt wird, sollen bisher nur 1,1 bis 1,2 Million Tonnen Getreide abgeliefert worden sein, wozu allerdings noch gewisse Mengen von Gerste und Hafer kommen.

Im nächsten Jahre sollen die Landwirte zur Ablieferung einer bestimmten Menge Getreide zu einem vom Reich festgesetzten Höchstpreis verpflichtet sein, der übrige Teil der Ernte soll völlig freigegeben werden. Wenn ein Landwirt seine Ablieferungspflicht nicht erfüllt, so soll er verpflichtet sein, dem Reich die Differenz zwischen dem festgesetzten Preis für das umgelegte Getreide und dem Marktpreis für das freie Getreide zu ersetzen. Die Kommunalverbände und die Einzelstaaten sollen nach dem Vorschlag des Reichsernährungsministeriums für die Ablieferung der Umlage in ihrem Gebiet haften, so daß also die Pflicht zur Zahlung der Differenz für das nicht abgelieferte Getreide zunächst den Einzelstaaten und den Kommunalverbänden obliegen würde, die ihrerseits von den einzelnen Produzenten, die ihre Pflichten nicht erfüllt haben, schadlos halten müßten.

Die Getreidepreise in Deutschland wurden bisher ganz erheblich unter dem Weltmarktpreis. Während der Höchstpreis für Getreide in Deutschland 1400 bis 1500 Mark pro Tonne betrug, kostete uns eine auf dem Weltmarkt gekaufte Tonne Getreide ungefähr 3000 Mark. Die Preise des umlagefreien Getreides werden auf die Weltmarkthöhe steigen oder sich wenigstens dem Weltmarktpreis sehr stark nähern, und die Landwirte werden bei einem Verkauf dieses Getreides sehr hohe Gewinne machen. Man hofft von dem Umlagesystem eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, weil es im Interesse der Landwirte liegt, die Bodenerträge zu steigern, damit ihnen nach Erfüllung ihrer Umlagepflicht möglichst viel Getreide übrigbleibt, das sie zu hohen Preisen verkaufen können. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist aber zweifelhaft. Es besteht die Gefahr, daß infolge der hohen Preise, die die Landwirte für einen Teil ihres Getreides erhalten, ihnen so hohe Gewinne zufließen, daß viele es nicht für nötig halten, möglichst viel aus ihrem Boden herauszuholen, weil sie auch bei geringen Bodenerträgnissen ein ausreichendes Einkommen haben.

Der frühere preußische Landwirtschaftsminister, Genosse Braun, hatte für die Getreidebewirtschaftung des nächsten Jahres Vorschläge gemacht, die sicher sehr viel besser waren, als die Regelung, die jetzt erfolgen soll. Auch nach den Braunschen Vorschlägen sollte eine gewisse Menge Getreide umgelegt werden, die die Landwirte zu einem nicht wesentlich über die heutigen Preise hinausgehenden Preis abzuliefern gehabt hätten. Aber auch der übrige Teil der Ernte, der nicht unter diese Umlage fiel, sollte ablieferungspflichtig sein. Dafür sollten dafür erhöhte Preise bezahlt werden. Die Differenz zwischen dem Umlagepreis und dem … … Preis sollte den Landwirten … … Lieferungsmitteln … werden, damit … eine … Düngung unserer Aecker erreicht werde. Dieser Braunsche Vorschlag ist aber leider abgelehnt worden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210606/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG